Europa soll „keine Welt von gestern“ werden

Claus Leggewie

Europa soll „keine Welt von gestern“ werden

Vielmehr eine von morgen: Der Politologe Claus Leggewie über das Engagement für ein zukünftiges Europa. Trotz bürgerferner Ignoranz der etablierten Parteien, trotz der Infamie der Populisten.

Demonstration für Europa

Für Europa: Eine Demonstrantin am vergangenen Wochenende in London. Foto: dpa

Herr Leggewie, Sie vermissen im Bundestagswahlkampf das Thema Europa. Ein fahrlässiges Versäumnis, eine kurzsichtige Strategie?

 Eher unreflektierte politische Routine, wonach sich Wahlkämpfer an das je eigene Volk zu wenden haben. Die aber vom französischen Präsidenten Macron ein Stück durchbrochen wurde, indem er bewusst und nicht ohne Risiko Europa und die Europäische Union ins Zentrum gerückt und damit harte Nationalisten der Rechten wie der Linken besiegt hat. Wie kurzsichtig, dass Berlin diesen Ball nicht aufnimmt und Deutschland die Chance vergibt, die ihm zugefallene Führungsrolle, aber auch die beträchtliche Schieflage deutscher Wirtschaftsmacht zu reflektieren und das Angebot zu einer anderen Form der Europäisierung aufzugreifen! Stattdessen verteilen wir „Hausaufgaben“ an Macron und andere.

Ist das alles auch ein Ausdruck von Provinzialität?

 Ja, weil Herausforderungen wie der Klimawandel, die Verkehrswende, die sozialen Disparitäten, die „Bekämpfung der Fluchtursachen“ und eine Strategie gegen den Terror nun wirklich nicht mehr nationalstaatlich zu bearbeiten sind, sondern eine viel intensivere Kooperation der europäischen Gesellschaft voraussetzen. Einer Gesellschaft übrigens, die wir längst sind und die sich im globalen Rahmen artikuliert und einbringt.

Sie geben Ihrem Buch einen provozierenden Titel und im Untertitel eine gewichtige Mitgift. Warum dieser provozierende Titel: „Europa zuerst!“? Verschreckt das nicht?

 Der selbstreflexive Ton der Formel ist wohl gut hörbar. Trumps America first!, Le Pens La France d’abord oder die faulen Begründungen der Brexiteers waren tragische Bekräftigungen eines weißen, autoritären, regressiven Nationalismus, der die Zukunft in schwärzesten Farben malt und sich in die Wagenburg zurückzieht, dabei oft am Rande eines neuen Faschismus wandelt. „Europa zuerst“ ist dagegen eine ironisch-heitere, aufgeschlossen in die Zukunft blickende Wendung, ein Statement gegen die autoritäre Welle, die rund um die Welt geht. Dabei ist eine Portion aufgeklärter Eurozentrismus durchaus angebracht und verträglich. Keine neoimperiale Überheblichkeit, die unsere fatale Kolonialgeschichte verdrängt, vielmehr selbstbewusste Bekräftigung einer Wertegemeinschaft, die aus ihren Fehlern gelernt hat und eben deswegen zu einer der Welt zugewandten Handlungsgemeinschaft fähig sein kann.

Der Untertitel, „Eine Unabhängigkeitserklärung“, steht ebenfalls in einer amerikanischen Tradition, einer großen allerdings.

 Weil sie nicht beiläufig mit „We, the People“ beginnt und den Alltag funktionierender Demokratie ins Zentrum rückt. Mein Buch ist keine simple Bestätigung der EU, wie wir sie haben, eher empirische Evidenz dafür, dass überall in Europa, auch an seiner nicht der EU angehörenden Peripherie (und gerade dort) Agenten des Wandels für eine nachhaltige und grenzüberschreitende Demokratie und ein besseres Europa streiten. Wer aber nur aus dem Lehnstuhl heraus „Brüssel“ beschimpft, sollte sich ein paar Wochen an diese Ränder begeben, auf die Majdan-Plätze und in die Residuen des arabischen Frühlings, um das Lob der europäischen Gemeinschaft zu erfahren, das dort umgeht. Zum Glück gibt es jetzt ein ganzes Genre von Europamanifesten und die proeuropäischen Bewegungen auf unseren Plätzen.

Trotz dieser positiven Anzeichen handelt Ihr Buch von der Entkräftung der Demokratie. Warum diese Entkräftung?

 Der populistische Reflex und sein zunehmend völkisch-autoritärer Inhalt sind Ausdruck einer schweren Entfremdungskrise der repräsentativen Demokratie, die politische Unternehmer für ihre Zwecke ausnutzen. Das Gebaren der Finanzwelt, dann deren Krise haben den Eindruck einer Alternativlosigkeit erzeugt, der für demokratische Politik tödlich ist, weil diese von Alternativen lebt und solche immer wieder hervorbringen muss. Aber gegen den Eindruck, den viele Theoretiker der Postdemokratie geradezu lustvoll erwecken, ist die Demokratie damit nicht am Ende. Die Ökologiebewegung, die Experimente nachhaltigen Lebens, die Improvisationen in den urbanen Ballungsräumen wie auf dem flachen Land haben einen ganzen Strauß von Alternativen hervorgebracht. Es ist ein Jammer, wie eine bestimmte kulturintellektuelle Szene – zum Beispiel die gespreizten doomsday-Diskurse der Kunstbiennalen – sich unpolitisch in der Affirmation des Niedergangs gefällt, statt diese kreativen Aufbrüche zu beflügeln. Ein gutes Beispiel dafür war die Architekturbiennale 2016 in Venedig.

Entkräftung aus selbstverschuldeter Demokratiemüdigkeit?

 Die abgedroschene Weimar-Weisheit, dass Demokratien daran scheitern, dass es zu wenig Demokraten gibt, hat schon ihr Recht. Das Problem ist heute eher, dass erfreuliche Graswurzelinitiativen versauern, weil die „intermediären Instanzen“, das sind vor allem Parteien und Parlamente, sie unterschätzen und ignorieren. So reißt das Band zwischen Staat und Gesellschaft, die selbstverständliche Repräsentation weicht einer aggressiven Entfremdung. Und Oligarchen wie Berlusconi, Putin oder Trump sahnen die Ressentiments gegen die politische Klasse ab.

Das Wort Populismus ist für Sie eine Verharmlosung. Sie sprechen von einem völkisch-autoritären Nationalismus.

 Populismus ist uralt, eine politische Form, die das gemeine Volk als angeblich homogene, klassenlose Masse gegen „die da oben“ stellt und mit verschiedenen Inhalten gefüllt werden kann – peronistisch oder bolivaristisch in Südamerika, patriarchal und radikaldemokratisch bei Trumps Vorbild, dem Präsidenten Andrew Jackson, oder eben faschistisch, wie in der Zwischenkriegszeit in Europa – und zum Teil auch jetzt wieder, wenn weiße Nationalisten gegen Minderheiten zu Felde ziehen. Der heimatlos gewordene Antikapitalismus hat hier in Flüchtlingen, Schwulen, emanzipierten Frauen eine neue Zielscheibe gefunden.

Der Befund lautet: „Dekonsolidierung der Demokratie“. In diesem Zusammenhang verweisen Sie auf eine „Palastrevolution“ innerhalb Ihrer eigenen Zunft, der Politikwissenschaft, die immer an die Robustheit der Institutionen geglaubt hat, sobald diese einmal fest verankert schienen. Eine trügerische Erkenntnis?

 Das Dekonsolidierungstheorem von Roberto Stefan Foa und Yascha Mounk ist nicht unumstritten, aber es trifft ein Fach, das doch ziemlich normalitätsfixiert ist. Ich erinnere mich an Publikationen, welche noch vor kurzem eine mit Händen greifbare „Politikverdrossenheit“ zum bloßen Medienphänomen erklärten. Eine derartige Gesundbeterei sollte mit dem ebenso deutlichen Demokratieverdruss jetzt nicht passieren. Aber Alarmismus ist auch nicht angebracht. Wir behaupten ja nicht, Demokratien seien nun zum Untergang verurteilt, wir geben einen Weckruf, damit eine zu selbstverständlich gewordene Herrschafts- und Lebensform zu neuen Kräften kommen kann.

Kommen wir von den Befunden zu der Frage: Was tun? Sie formulieren drei Ansprüche an die Politik, die drei großen „R“. Responsivität, Resilienz und Resistenz.

 Ein antwortbereites politisches System muss den Wahrheitskern der populistischen Agitation, vor allem die vermeintliche Alternativlosigkeit politischen Handelns und ihre Emotionsschwäche aufgreifen und Antworten auf ungelöste Probleme geben. Die Demokratie muss widerstandsfähiger und wehrhafter werden, wo, wie jetzt in Polen und Ungarn, Gewaltenteilung, Rechtsstaat und Grundrechte frontal attackiert werden, und sie muss, wo sich, wie in Charlottesville, im Windschatten rechtsradikale Gewalttäter aufmachen, energisch Widerstand leisten. Vor allem aber muss die Verbindung zwischen einer europäischen Gesellschaft, die „Lust auf Zukunft“ (Macron) hat, und einer staatlichen Politik, die zu stark an nationalen Sonderwegen festhält, erneuert werden.

„Lust auf Zukunft“, das bedeutet eine Akzentverschiebung. Anstelle der Fixierung auf Krawall- und Angstthemen wollen Sie hinaus auf eine „sozialprogressive Agenda“. Da wäre zunächst das Thema Teilhabe.

 Die populistische Welle ist eine verquere Antwort auf fehlende Teilhabemöglichkeiten im politischen und sozialen Leben, die wiederum zurückzuführen sind auf die soziale Zerklüftung der europäischen und Weltgesellschaft. Und nun sehen wir auf der anderen Seite einen echten demokratischen Aufbruch in Gestalt sozialer und politischer Bewegungen, bemerkenswerterweise auch „für Europa“. Dieses Engagement und eine breite Freiwilligenkultur auf allen möglichen Gebieten dokumentiert den Willen zur Teilhabe, den die meisten politischen Parteien eher frustrieren. In Frankreich ist das etablierte Parteiensystem schon implodiert, der Front National, La France Insoumise und En Marche! haben sich an die Stelle gesetzt. Die bürgerferne Ignoranz der Volksparteien und die parteienferne Arroganz der Zivilgesellschaft muss man überwinden. In den 1970er Jahren nahmen beide Teilhabeformen – Partei und Bewegung, damals meistens linksliberal kodiert – gemeinsam zu, seither driften sie auseinander und nach rechts. Es geht am Ende um eine dem Entwicklungsstand der europäischen Gesellschaft angemessene europäische Staatsbürgerschaft.

Zweitens: Solidarität.

 Besonders auf dem Arbeits- und dem Wohnungsmarkt ist die Klassenfrage drastisch zurück, auch in einem reichen Land wie Deutschland. Die sozialen Disparitäten dürfen nicht weiterwachsen, es müssen radikal neue Wege in der ganz auf die Besitzstandswahrung der Älteren zugeschnittenen Sozialpolitik beschritten werden. Die Bundeskanzlerin spricht sehr vage von der Digitalisierung und kündigt damit eine unendlich langweilige, altmodische Neuauflage der schwarz-gelben Ära an. In meinem Buch schlage ich vor, die Automatisierung und den demografischen Wandel mit Konzepten eines garantierten Grundeinkommens zu bearbeiten, auf Basis einer Maschinensteuer und flankiert durch eine proaktive Einwanderungspolitik. Zudem geht es darum, mit einem erweiterten Erasmus-Programm das Megaproblem der Jugendarbeitslosigkeit in der europäischen Gesellschaft und an ihrer Peripherie anzugehen.

Nicht zuletzt Nachhaltigkeit.

 Eine Wirtschafts-, Finanz- und Sozialunion muss dieses Prinzip strikt beachten. Da andere Nationen beim Klima- und Artenschutz ausfallen, muss sich die EU, die auch nicht gerade ein Vorreiter ist, stärker engagieren und vorangehen. Das ist auch ein Aspekt der Unabhängigkeitserklärung.

Zudem haben Sie in Ihrem Buch europäische „Ideenwerkstätten und Reallabore des Wandels“ aufgesucht. Was stimmt Sie hoffnungsvoll?

Eben die Fülle der Ansätze in beiden. Die europäische Gesellschaft hat sich auf den Weg gemacht, die europäische, gerade auch die deutsche Politik hinkt hinterher.

Einige Initiativen, Bewegungen, die Sie optimistisch stimmen, sind in der Nische entstanden und bewusst dezentral orientiert. Die historische Europa-idee, nach 1945, war vielleicht kein Oktroi, aber doch eine transnationale Mobilisierung von oben. Hängt Europas Zukunft zukünftig ab von einer Mobilisierung von unten?

Wohl mehr denn je. Doch auch in den 1940ern und 1950ern kamen Anstöße „bottom up“, ebenso bei der Umweltschutz- und Anti-Atomkraft-Bewegungen. Die Institutionen müssen „top down“ reagieren und „responsiv“, durch kluge supranationale Gesetzgebung inspirieren.

Hat Europa so etwas wie eine Mission? Einerseits als eine Alternative zur Ordnungsmacht und Gestaltungsmacht der vergangenen hundert Jahre, den USA? Zum anderen als eine, wie Sie sagen, „reflexive Weltmacht“, in Konkurrenz zu China und einigen Schwellenländern?

 Der Terminus „reflexiv“ stammt vom früheren Außenminister Steinmeier und wurde hier und da leicht verschnupft aufgenommen, zu Unrecht. Reflexiv ist Europa gerade auf Grund seiner eigenen historischen Erfahrungen, die imperiale Ambitionen verbieten. Faktisch muss die EU die „Kultur der Zurückhaltung“ in eine vor allem normative Orientierungsrolle übersetzen, ohne dabei überheblich zu werden.

Hatte Europa, wenn euphorisch vom „europäischen Haus“ die Rede war, eine falsche Vorstellung, eine zu pathetische Vorstellung? Denn tatsächlich ist Europa ein endloses Reformprojekt, eine Dauerbaustelle.

 Politikmachen heißt auf der Dauerbaustelle sein, es wird kein „fertiges“ Europa geben. Das europäische Haus, größer als die EU und offen für Partnerschaften auch mit jenen, die sich jetzt gegen Europa stellen, bleibt eine gute Metapher. Die Geschichte der europäischen Einigung lehrt uns Realismus und Optimismus.

Europa war als Idee und als Realität die historische Chance nach 1945, die genutzt wurde. Ist Europa auch in Zukunft die einzige Chance, die wir haben?

 Die europäische Gesellschaft und die supranationale Politik der EU scheinen mir ideale Größen, um globale Herausforderungen und lokale Eigenart in der Balance zu halten. Sorgen wir dafür, dass Europa keine „Welt von gestern“ wird. Und fragen wir nicht, was Europa für uns tut, sondern was wir für Europa tun können.

Das Interview führte Christian Thomas.

Claus Leggewie, geboren 1950, ist Professor für Politikwissenschaft und Inhaber der Ludwig Börne-Professur an der Justus-Liebieg-Universität in Gießen. Von 2007 an leitetete er zehn Jahre lang das Kulturwissenschaftliche Institut (KWI) in Essen. Sein Buch „Europa zuerst!“, das soeben im Ullstein Verlag erschienen ist (320 S., 22 Euro) stellt Leggewie am Mittwoch in Frankfurt vor.